

Desaster in der Schweinebucht

Von Rolf Steininger

Im April 1961 versuchte die US-amerikanische Regierung, die kubanische Regierung Fidel Castros mit militärischer Gewalt zu stürzen – doch die Aktion misslang gründlich.

Zwischen Kuba, jener Insel, die nur 150 Kilometer von Florida entfernt ist, und den USA hatte es schon früher besondere Beziehungen gegeben. Seit der „Befreiung“ im amerikanisch-spanischen Krieg 1898 war Kuba in völlige Abhängigkeit von den USA geraten, zumal die dort später mehrmals militärisch intervenierten, um ihre Investitionen zu schützen. Am Ende des Zweiten Weltkrieges kontrollierten die Vereinigten Staaten 80 Prozent der kubanischen Wirtschaft, 40 Prozent der Zuckerindustrie, 90 Prozent der Förderung von Rohstoffen. Earl Smith, von 1957 bis 1959 US-Botschafter in Havanna, meinte 1960 bei einer Anhörung des Senats in Washington, dass der amerikanische Botschafter in Kuba der zweitwichtigste Mann des Landes gewesen sei, manchmal sogar wichtiger als der Präsident.

Revolution in Kuba

Kubas Präsident war von 1940 bis 1949 und – nach einem Militärputsch – seit 1952 wieder Fulgencio Batista. Er stützte sich auf die Armee, die von den USA ausgerüstet wurde. Als Mitte der fünfziger Jahre deutlich wurde, dass Batista mehr und mehr zu einem sich selbst bereichernden und korrupten Diktator wurde, ließen ihn die USA fallen. Wenig später war alles zu Ende. Nach einem Generalstreik flüchtete Batista Neujahr 1959, eine Woche später, am 8. Jänner, zogen die Rebellen um Fidel Castro und Ernesto „Che“ Guevara in Havanna ein und wurden von einer großen Menschenmenge bejubelt.

Castro bildete eine Revolutionsregierung, der auch liberale Minister angehörten. Anfangs genoss der „Maximo Lider“ sogar in der amerikanischen Öffentlichkeit ein gewisses Ansehen; für viele war er eine romantische Figur. Man erwartete von ihm, dass er die bürgerlichen Rechte wieder einführen, amerikanische Besitzrechte jedoch nicht antasten würde. Erste Bedenken kamen in Washington auf, als Castro eine Agrar- und Sozialreform durchführte und amerikanische Gesellschaften besteuerte. Der Chef des amerikanischen Geheimdienstes CIA, Allen W. Dulles, sagte zu Präsident Eisenhower: „Kommunisten und andere extreme Radikale haben offensichtlich die Castro-Regierung unterwandert“. Die ersten entschuldigenden Entdeckungen amerikanischer Grundbesitzes im Sommer 1959 schienen dies zu bestätigen.

In gleichem Maße wie das Misstrauen in Washington stieg, wuchs in Moskau das Interesse

an Kuba. Wirtschaftsminister Che Guevara und Verteidigungsminister Raúl Castro – heute kubanischer Präsident als Nachfolger seines Bruders Fidel – waren Kommunisten; daraus konnten sich interessante Möglichkeiten ergeben, um Kuba als Ausgangspunkt für marxistische Befreiungsbewegungen in Lateinamerika zu benutzen. Am 4. Februar 1960 unterzeichnete Chruschtschows Stellvertreter Anastas Mikojan ein sowjetisch-kubanisches Handelsabkommen. Chruschtschow erklärte die Monroe-Doktrin – „Amerika den Amerikanern“ – für tot.

Im Mai 1960 nahm Kuba offiziell diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf. Die USA reagierten mit einem Handelsembargo, stoppten den Import von kubanischem Zucker – Kubas einzigem Exportgut – und alle Öllieferungen. Da sprang Moskau ein, verpflichtete sich zum jährlichen Kauf von 700.000 Tonnen Zucker, und sowjetische Tanker belieferten die Insel mit Erdöl. Als die Firmen Shell, Esso und Texaco sich weigerten, dieses Öl zu raffinieren, verstaatlichte Castro deren Raffinerien. Bis Oktober 1960 wurde der gesamte amerikanische Besitz in Kuba – etwa 850 Millionen Dollar – entschädigungslos enteignet. Am 2. Jänner 1961 brachen die USA ihre diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab. Aus dem „Hinterhof“ der USA war ein Vorposten des Kreml geworden, eine für Washington unerträgliche Situation.

Exilkubaner im Einsatz

Bereits am 17. März 1960 hatte Eisenhower die CIA-Operation „ZAPATA“ – benannt nach der Halbinsel mit der Schweinebucht – gebilligt: sie hatte die Invasion Kubas zum Ziel. Die CIA bildete dafür in Guatemala Exilkubaner aus und war davon überzeugt, dass bei deren Landung sich die Bevölkerung gegen Castro erheben würde. Am 19. Jänner 1961 – einen Tag vor der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten John F. Kennedy – unterrichtete Eisenhower seinen Nachfolger über diese geheimen Pläne.

Allen Dulles drängte Ende Jänner auf ein rasches Vorgehen. Vorgesehen war die Eroberung eines Strandabschnitts an der Südküste Kubas. B-26-Bomber sollten zuvor die Luftherrschaft gewinnen und die Nachschub- und Operationswege der Kubaner zerstören. Eine in Miami gebildete Exilregierung sollte sodann eingeflogen werden und die USA offiziell um Hilfe bitten. Würde man noch länger zögern, so Dulles, könnte sich Castro immer besser gegen

eine Invasion und einen Aufstand im Innern vorbereiten. Kennedy war skeptisch und ließ den Plan den Militärs zur Prüfung vorlegen, die von einer „fair chance of success“ sprachen. In der Sprache der Militärs bedeutete das „eine Erfolgchance von weniger als 50 Prozent“ – was dem Präsidenten allerdings verschwiegen wurde.

Kennedy stand vor einer schweren Entscheidung: Würde er das Unternehmen abblasen, würde er als „appeaser“ dastehen, da er eine von Eisenhower bereits genehmigte Invasion abgelehnt hätte. Würde er hingegen eine groß angelegte Operation zustimmen, könnte dies zu massiven Protesten in Lateinamerika, Europa und Asien führen, und die neue US-Regierung wäre mit einem Schlag diskreditiert.

Allerdings faszinierte ihn der Gedanke, das Castro-Regime zu stürzen. Er teilte jedoch nach wie vor die Bedenken des State Department, dass sich die amerikanische Außenpolitik nicht nach den Bedürfnissen einiger Exilkubaner richten und die USA keinesfalls als Aggressor für eine Invasion verantwortlich gemacht werden dürfe.

Scheinheiliges Vorgehen

Kennedy wäre eine Aktion der Exilkubaner am liebsten gewesen, und zwar so, dass diese sich zunächst in den Bergen verschanzt hielten und dann öffentlich als kubanische Gruppe in Kuba zu erkennen gäben, „nicht als eine Invasionstruppe, welche die Yankees geschickt haben“. Er wies die CIA an, die Sache mit etwas weniger Aufwand anzugehen („to reduce the noise level“).

Als Kennedy wenig später grünes Licht gab, warnte der Sprecher des außenpolitischen Senatsausschusses, J. William Fulbright, dies sei eben jene Art von Scheinheiligkeit und Zynismus, die die USA ständig der Sowjetunion zum Vorwurf machten. Das Unternehmen werde Amerikas Ansehen in der Welt untergraben und es dem Präsidenten unmöglich machen, gegen Vertragsverletzungen der Kommunisten zu protestieren. Kennedy ignorierte diese Warnung jedoch.

Der geplante „Stellvertreterkrieg“ scheiterte kläglich. Bei einem ersten B-26-Angriff wurden nur fünf der 36 kubanischen Kampfflugzeuge zerstört; die unbeschädigt gebliebenen Maschinen reichten aus, um die Invasionstruppe von etwa 1500 Exilkubanern zu schlagen. Entscheidend war, dass Kennedy in letzter Minute amerikanische Luftunterstützung ablehnte. Er akzeptierte lediglich, dass zwei US-Jets – nach



Der damalige US-Präsident John F. Kennedy trug durch seine zögerliche Haltung zum Scheitern der Invasion bei. Foto: dpa/ picture-alliance

Entfernung der Markierung „US Air Force“ – einen weiteren B-26-Angriff unterstützen sollten. Diese zwei Jets tauchten allerdings schon eine Stunde vor den B-26-Bombern vor Kuba auf: denn die Piloten hatten nicht berücksichtigt, dass Guatemala und Kuba in verschiedenen Zeitzonen liegen. Die B-26 wurden von Castros Luftwaffe und Luftabwehr abgeschossen. Das Desaster nahm seinen Lauf.

Am Mittag des 19. April war alles vorbei. Mehr als hundert Exilkubaner waren tot, nur 14 wurden von der US-Marine gerettet. Ein Volksaufstand gegen Castro fand nicht statt. Der „größte Führer“ verkündete die Vernichtung der von den USA organisierten „Söldnerarmee“. Die etwa 1200 Kubaner, die gefangen genommen wurden, wurden zu je 30 Jahren Haft verurteilt und erst im Dezember 1962 im Austausch gegen Nahrungsmittel und Medikamente freigelassen.

Ein Jahr später legte CIA-Generalinspekteur Lyman Kirkpatrick einen (erst 1998 freigegebenen) Geheimbericht über die missglückte Invasion vor. Er nannte darin die Aktion „lächerlich oder tragisch oder beides“ und zählte eine lange Reihe von Fehlern und Versäumnissen auf: einige der verantwortlichen CIA-Agenten konnten nicht Spanisch und behandelten die Exilkubaner „wie Dreck“; die CIA hätte sich und das Weiße Haus mit der Annahme getäuscht, wonach die Invasion in Kuba zum Aufstand gegen Castro führen würde; das sei „reines Wunschdenken“ gewesen. Die Exilkubaner seien im Übrigen schlecht ausgebildete, undisziplinierte und mangelhaft versorgte Söldner gewesen. Es wäre die Pflicht der CIA gewesen, den Präsidenten zur Absage der Aktion zu bewegen.

Kennedy aber war ein Mann, der Niederlagen nicht so einfach akzeptierte. Mehr denn je war er nun entschlossen, das Castro-Regime zu beseitigen. Deshalb genehmigte er im November 1961 die Operation „Mongoose“ (Mun-

go), nämlich verdeckte Aktionen zur Vorbereitung eines Aufstandes gegen Castro, gegebenenfalls auch zu seiner Ermordung. Verantwortlich für die Durchführung der Operation war sein jüngerer Bruder, Justizminister Robert F. Kennedy.

Codename „ORTSAC“

„Mongoose“ war nicht bloß die Aktion einiger rechter Extremisten, wie uns Oliver Stone in seinem Film „Thirteen Days“ weismachen wollte. Im Gegenteil: Es war eine sehr große CIA-Operation mit etwa 400 Agenten und einem Jahresbudget von über 50 Millionen Dollar. Anfang 1962 wurde Miami zur größten CIA-Basis ausgebaut, mit 600 Offizieren und 3000 Exilkubanern, mit eigener Flotte und eigenen Flugzeugen. Im Pentagon wurden Pläne für Luft- und Bodenangriffe entworfen, im März ein groß angelegtes Landemanöver mit 79 Schiffen, 300 Flugzeugen und 40.000 Marinesoldaten auf einer Karibikinsel durchgeführt – Codename ORTSAC – Castro, rückwärts gelesen. In Moskau und Havanna verstärkte sich der Eindruck, dass es früher oder später zu einer Invasion Kubas kommen werde.

Im Oktober 1962 entdeckten die Amerikaner dann auf der Insel stationierte sowjetische Atomraketen. Was folgte, war die gefährlichste Krise des Kalten Krieges, nämlich jene 13 Tage, an denen die Welt vor dem Beginn eines Kriegs mit Atomwaffen stand.

Literatur: Rolf Steininger: *Die Kubakrise. Dreizehn Tage am atomaren Abgrund.* Verlag Olzog, München 2011.

Rolf Steininger, geb. 1942 in Plettenberg/Westfalen, ist Em. o. Univ.-Prof. und war von 1984 bis 2010 Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck.

